



# Die Währungs-katastrophe in Polen.

Der Zerfall der polnischen Währung scheint unaufhaltbar. Der neugeschaffene Zloty, der den Polen ein werbebedingtes Geld sichern sollte, befindet sich bereits auf demselben Wege, den vor ihm die in Abgrund der Inflation verschwundene Polenmark gegangen ist. Binnen kurzer Zeit ist der Dollarkurs in Warschau von etwa fufzig auf zwölf Zloty gefallen. Damit ist das Experiment der Stabilisierung der Währung, das in Deutschland und vielen anderen Ländern gegluckigt ist, in Polen fehlergefallen. Die Ursachen sind leicht zu erkennen. In ihrem Gromachtsstaukel haben die Polen nicht vermocht, die nötigen politischen Folgerungen aus ihrer wirtschaftlichen Lage zu ziehen. Das polnische Budget ist etwa dreimal so groß, wie es die wirtschaftliche Kraft des Landes zulast. Den größten Teil der Staatsausgaben verjahrlacht das ubermaig große Heer und die gewaltig angeschwollene Beamtenschaft. Der frühere Finanzminister Grabst hat zwar mit größter Energie versucht, den Wahrungserfall aufzuhalten. Aber da er die Wurzel des Uebels unberührt ließ, wirkten seine Maßnahmen, insbesondere auch die Erdrofselung der Einfuhr und der Wirtschaftskrieg mit Deutschland, nur zerstörend auf die polnische Wirtschaft. Nach seinem Sturz ist es aber nicht besser, sondern nur schlimmer geworden, da sein Nachfolger offenbar überhaupt noch kein festes Programm hat. Ohne ausländische Hilfe wird Polen nicht zu einer einigermaßen Sanierung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse kommen. Diese Hilfe des Auslandes ist aber nur bei dem Preis einer ausländischen Finanzkontrolle zu haben. Je länger die Polen in ihrem verfehlten Nationalstolz sich krauben, diesen Preis zu zahlen, umso schwerer werden schließlich die anderen Bedingungen für die Hilfe des Auslandes sein.

## Spiegelfechterei.

Seitdem die russischen Sowjets eingezogen haben, daß sie den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund nicht mehr verhindern können, haben sie sofort mit der erforderlichen Umfaltung ihrer Politik gegenüber dem Genfer Versammlungen begonnen, um so der drohenden Isolierung zu entgehen. Seit Wochen macht sich in der Sowjetpresse eine deutliche Schwungung der russischen Volkerbundspolitik bemerkbar. Man beginnt, die russische Bevölkerung allmählich auf ein Zulammenarbeiten mit diesem wichtigen Instrument der internationalen Politik vorzubereiten. Allerdings steckt diese Bewegung noch ganz in ihren Anfängen, und die russische Politik ist sorgsam darauf bedacht, sie vor den Blicken des Auslandes zu verbergen. Auch die heutigen Sowjetdiplomaten sind ja Meister in dem an Feinheiten und Intrigen reichen Spiel der Diplomatie alten Stils. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die scharfen Worte zu werten, die der stellvertretende Volkskommissar des Auenwesens, Litwinow, vor der ausländischen Presse in Moskau gegen den Völkerbund gerichtet hat. Das sind in Wirklichkeit nur Spiegelfechterei, die es den leitenden Männern in Rußland ermöglichen sollen, ungenurft und unbeobachtet diejenige Revision ihrer Politik vorzunehmen, die durch das Ergebnis der Konferenz von Locarno notwendig geworden ist.

# Von Loucheur zu Doumer.

Der Finanzminister des Kabinetts Briand hat sichneller abgewirksam, als es nach dem Ruf, der ihm vorausging, zu erwarten war. Loucheur galt, ebenso wie sein Vorgänger Caillaux, für einen der ersten Finanzplaner des fruhrepublikanischen Frankreichs. Trotzdem ist er noch schneller gestürzt worden wie jener. Es zeigt sich auch hier wieder, wie außerordentlich schwierig es ist, die Finanzen eines Landes, das überflutet ist und sich auf den Weg der Inflation begeben hat, wieder in Ordnung zu bringen. Loucheur hatte ein umfangreiches Sanierungsprogramm ausgearbeitet, das dem franzosischen Sanierungsprogramm zumutete. Aber schon im Kabinett war die Aufnahme seiner Pläne wenig günstig, und Briand vermachte es ängstlich, sich mit seinem Finanzminister solidarisch zu erklären. Ein Finanzauschu der Kammer berichte umlo weniger Vereinfachungen zur Lebensnahme der großen Steuerlasten, die Loucheur forderte, als man sich mit ihm nicht einmal über die Höhe des zu deckenden Fehlbetrages einigen konnte. Als Loucheur sah, daß er mit seinen Absichten nicht durchdringen werde, suchte er zu laviieren, aber Briand gab ihm einen deutlichen Wind, indem er bereits über die Nachfolgerwahl Loucheurs verhandelte, noch ehe dieser zururgetreten war. Sang- und klanglos hat er nunmehr den Schauplatz verlassen. Die Sozialisten, die einen Hauptteil an seinem Sturz gehabt haben, werden jedoch vermutlich an seinem Nachfolger faun eine reine Freude haben. Denn, wenn Doumer, mit dem Briand zunächst verhandelt hat, tatsächlich in das Kabinett eintritt, so wird dessen Basis dadurch weit nach rechts verschoben. Der im Jahre 1857 geborene Doumer ist ein alter Parlamentarier von stark nationalfurischer Färbung. Am meisten ist er bekannt geworden durch seine Prasidentschaftsandidatur, bei der er mit 371 Stimmen der Rechten gegen den Kandidaten der Linken, Fallieres, unterlag, der 449 Stimmen auf sich vereinigte. Doumer war bereits zweimal Finanzminister, das letzte Mal unter der Ministerprasidentschaft Briands. Nach dem Sturz des letzten Ministerkabinetts Baillole erhielt er den Auftrag zur Kabinettsbildung, scheiterte aber an dem einmütigen Widerpruch der Linken.

## Die Hee gegen Stresemann.

Ein volksparteilicher Appell an den Reichsjustizminister. Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das offizielle Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, veröffentlicht folgenden Brief, den die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei über die Hee gegen Stresemann an den Herrn Reichsjustizminister gerichtet hat:

Berlin, 18. Dezember.

An den Herrn Reichsjustizminister, Berlin.

Sehr geehrter Herr Minister!

Wie Ihnen bekannt ist, sind in der letzten Zeit Veröffentlichungen erschienen, die in unerhorlicher Form zum Vorwurf an unserm Fraktionskollegen, den Außenminister Dr. Stresemann, aufzufinden. Es sei insbesondere an den Artikel erinnert, den Dr. Heinrich Pudor in Leipzig in der Nummer 12-13 der vom Deutschen Volktrat herausgegebenen Zeitschrift „Einheit volksicher Verbände“ veröffentlicht hat. In der Preussischen Landeszeitung wurde Stresemann mit einem Raubmörder verglichen. Die Beispiele dafür, wie gegen die Person des Außenministers gehandelt wird, ließen sich beliebig vermehren. Wenn letzten Endes irgendwelche unbesonnenen, gemeit jugendlichen Elemente der Verbeugung Raum geben, zur Waffe greifen und Mord begehen, so ereilt diese das Schicksal. Die eigentlich Schuldigen aber gehen straffrei aus. Es scheint uns hohe Zeit zu sein, daß seitens des Reichsjustizministeriums Maßnahmen ergriffen werden, die darauf abzielen die Verbeugung, welche unser Volk überhaupt nicht zur Ruhe kommen läst, energig zu bekämpfen. Wir sind durchaus der Ansicht, daß eine freimutige und auch scharfe jahrlche Kritik das Recht jedes Staatsbürgers ist, bitten, aber dringend, mit allen Ihnen geeigneten erscheinenden Mitteln der massiven Agitation gewisser Kreise, die schließlich den politischen Mord zur Folge hat, entgegenzutreten.

Wir wären Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, sehr dankbar, wenn Sie uns von Ihrer Stellungnahme in Kenntnis setzen würden.

### In ausgedehnter Hochachtung

Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag  
ges. Brüninghaus, M. d. K.

Es ist durchaus begreiflich, wenn die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sich mit diesem Appell an den Reichsjustizminister wendet, denn in ihren Kreisen wird man besser als anderswo, weil unangar beglufige Form die retheradiatle Bee angenommen hat. In dem ermhnten Artikel des Dr. Pudor stehen folgende Sätze: „In der modrigen Stückliste einer Hindenburgrepublik kann nur die Puge, der Stunt und die Verelendung geeichen.“ — „Bei Hindenburg, dem Jubendienner, hat das Etlanfurkrechtliche die Oberhand gewonnen. Ludendorff dagegen ist reiner Germane.“ — „Wenn wir heute fast Hindenburg einen Juden auf dem Prasidentsenful hätten, stände es besser um die deutsche Sade.“ — Der gleichen Nummer ruft Pudor nach Männern, die das Strafgericht an Dr. Stresemann vollziehen. Herr Pudor schreibt: „Hat das Volk Stresemann heruntergerzert vom Ministersehl und ihn angebunden mit den Füßen, denn an ein Rappenzepann durch das Brandenburger Tor gejagt rund um Berlin?“ — „Das Volk hat Stresemann nicht verurteilt, es hat ihm nicht das Schicksal Rathenaus gegeben.“

In Leipzig hat der Oberreichsanwalt seinen Sitz Han nichts davon gehört, daß er gegen diesen Artikel eingekritten ist. Man darf also unbefracht den Reichspräsidenten in dieser Weise beschimpfen, man darf in dieser ganz offenen Form zum Vorwurf an einem Reichsminister auffordern, ohne daß man irgend etwas zu fürchten hat.

## Aus Parlamenten und Parteien

### Ueber die Aufgabe der Demokratischen Partei

auert sich Abg. Erkelenz in der neuesten Nummer der „Hilfe“ wie folgt: Welche Aufgabe schreibt die deutsche Entwicklung selber der demokratischen Partei? In Breslau wurde von Hellpach wieder einmal das Wort geprägt, die Partei sei der geistige Generalstab der deutschen Republik. Nimmt man diese Worte mit der nötigen Bescheidenheit auf, so ist es richtig, zeigt aber auch Sturke und Schwäche einer solchen Aufgabe. Die Demokratische Partei ist tatsächlich die geistige Avantgarde des Reiches, nicht so sehr, weil sie will, als weil sie muß. Sie will eine politische Kampfpartei sein und muß deshalb auch Massenarbeit sein. Aber sie ist keine Massenpartei, weil die Massen aller Schichten sich für andere Dinge viel mehr interessieren als für die wirklichen Probleme des Staates und der Nation. Die Demokratische Partei genießt den Triumph, daß sie in fast allen Fragen und nicht die anderen Parteien schließlich in ihre Bahnen zwingt. Sie führt die Massen der Landwirte, der Industriellen, des Mittelstandes, der Arbeitnehmer, auch jenseit sie in anderen Parteien sind, meist auf ihren Weg. Aber alle diese Massen folgen nur widerwillig. In anderen demokratischen Ländern werden die Massen von Persönlichkeiten und ihren Programmen angezogen, übertragen dieser Persönlichkeit die Macht und sind stolz, wenn dieser Mann dabei siegt. In Deutschland geht es umgekehrt. Die mögliche Reform wird verachtet, die unmögliche dagegen geminnt Massen. Und wenn auch diese Massen schließlich zur möglichen Reform gezwungen werden, so folgen sie doch schließlich nur mit Enttaufung. Wer am meisten folgt und verprieht, hat am meisten Anhänger. Wer führt die nachsterne Wahrheit jagt, wird mitbeweisen scheel angehen. Das ist einer der Gründe, die dem „geistigen Generalstab“ die Arbeit so schwer und undanbar machen. Stresemann, Luther u. a. sind in das praktische Programm der Demokratie hineingezwungen, aber ein Teil ihrer Anhänger glaubt ihnen immer noch, daß sie etwas besonderes seien, etwas Besseres. So hat die Avantgarde fets die Aufgabe, den Weg zu bahnen, das Gestrüpp wegzuräumen, aber die Freude des freien Marktes gehen andere.

### Die Reichsflagge für preussische Dienstgebäude

Der Hauptaususs des preussischen Landtages hat folgenden Antrag der demokratischen Landtagsfraktion angenommen: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eruchen, für alle Dienstgebäude alsbald die Reichsflagge und die Landesflagge zu liefern.“ Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Kommunisten.

## Feuilleton

### Weihnachtskantate.

I.

Szene: Endlose Weite. Fernes Rauschen. Nahende Nacht.  
Erster Hirt: Brüder, die Nacht bricht an.  
Zundet die Feuer an.  
Licht uns die Wachen wechseln — und ruhn.  
Zweiter Hirt: Fernher brandet die Flut,  
Flut, die niemand ruht.  
Tag und Nacht nur gehn immer in gleichen Schuhn.  
Erster Hirt: Drüben, in eiligem Schritt,  
Nejash und Wardah,  
Tragen wohl seltsame Vostschait mit.  
Zweiter Hirt: Tiefer brandet die Ferne.  
Erster Hirt: Tiefer funkeln die Sterne.  
Zweiter Hirt: Die Nacht . . .  
Dritter Hirt: (hinter der Szene) . . . wird hell!  
(tritt froh erregt auf).  
Hört ihr weiter die jüngere Flut,  
Hört ihr der Sterne klingende Glut,  
Freien das Kind, das die Jungfrau gebat.  
Vierter Hirt: In dem verlassenen Stalle liegt  
Das arme Kindlein, die Mutter wiegt  
Ihr Kindlein im Schoß.  
Erster Hirt: Arm ist fürwahr der Menschen Los!  
Dritter Hirt: Hatlet ihr nur das heilige Gehehjn  
Geschaht, das ich eben vom Felsen geheln.  
Jahre lam über die Wogen zum Strand,  
Drückte dem Kindlein mit eigener Hand  
Ein heiliges Mal auf Brust und Stirn.  
Vierter Hirt: Und von den Sternen ein Zubein scholl,  
Seligster Freude uberroll.  
Erster Hirt: Arm wie ein fahler Baum im Wind  
Wiegt die Magd ihre Konigstind,  
Singt eine Weiße und wiegt's im Schoß . . .  
Engelstimmen (aus ferner Höhe):  
Heilig, heilig ist Menschenlos!  
Heilig, heilig ist Menschenlos!

Die Szene verdammert in der Nacht, während aus der Tiefe ein Stern aufsteigt, höher und heller strahlt und nach kurzer Zeit sich erlischt.

II.  
Höhe, Rechts Abstieg zum Meer. Links hohenan weite Wlder. Im Vordergrund eine arme Holzhütte mit der heiligen Familie. Deut die Hirten. Später die drei Könige aus dem Morgenland. Während die Hirten die Gaben vor der Mutter und dem Kind ausbreiten, senkt sich aus der Höhe ein Stern (mit besonderem Lichte) langsam auf die Hütte nieder. Von links Balthasar. Von rechts Kaspar. Aus dem Hintergrund Melchior.  
Balthasar: (kauft); fern ohne ich des Meeres heiliges Rauschen. Ob dort wohl alle Ströme meiner Mecht münden!  
Kaspar: Und Träume tragen doch nicht immer.  
Bei jenes Sternes erhen Schimmer  
Sah ich uns drei zu weiter Reife rufen.  
Da hielten mich nicht mehr der Heimat Kisten . . .  
Balthasar: Mich rief ein Rauschen aus den heiligen Hoben.  
Melchior: Auch ich hab jenen Stern gesehen. (Das Gefolge der drei Könige bleibt zurück. Die Hirten machen ehrerbietig Platz.)  
Melchior: Ein Kind!  
Kaspar: Ein Konigstind!  
Balthasar: Und nicht von dieser Erde!  
Nimm dies zur Linderung deiner Erdennot.  
Und dies . . .  
Melchior: Zur Linderung jeglicher Bee.  
(Die Hirten treten sich)  
Erster Hirt: Seht nur die vielen fremden Gaben.  
Zweiter Hirt: Wo wir nur Kammeln und Kräuter haben.  
Dritter Hirt: Wir wollen zu unsen Herden gehn!  
Balthasar: Bleib, Hirten, harrt der Zeiten Reifen!  
Melchior: Seht, wie die Händchen die Blumen greifen.  
Kaspar: Und die Freude, die aus den Augen bricht.  
(Reichen den Hirten die Hände.)  
Melchior: Bruder, reidit uns die schwielen Hände.  
Kaspar: Wisset um die heilige Wende.  
Balthasar: Laet uns wandern.  
Recht auf seinem Pfade  
Durch die Nacht der Gnade  
Aus der Zeiten finsterner Wirrens  
Ins neue Licht!  
Der Stern strahlt noch einmal hell auf. Mit seinem Erlöschen verdundelt die Szene.

Sturm-Gundal.

# Ein völkischer Verleumder am Pranger.

Nach fast vierwöchiger Dauer ist jedoch vor dem Nürnbergger Schoungsgericht der Prozeß abgeschlossen worden. Der Oberbürgermeister von Nürnberg der Demokrat Luppe, gegen den fast allen bekannten nationalitätlichen Landtagsabg. und Stadtrat Streicher hätte führen müssen. Streicher hätte gegen Luppe in seinem Standblatt, „Der Streimer“ zahllose Schmähungen und Beschimpfungen in einer Form gerichtet, die sich ein anständiger Mensch kaum vorstellen kann. Alle diese Angriffe sind nun vor dem Schoungsgericht einer genauen Prüfung unterzogen worden, und dies hat in seinem Urteil festgestellt, daß der Wahrheitsbeweis in keinem der dreizehn Punkte, die zur Verhandlung standen, gelungen ist. Streicher, so heißt es weiter, habe sich der üblen Nachrede und zahlreicher formaler Beleidigungen schuldig gemacht. Daß er hierbei die bewußte Absicht der Kränkung Luppes hatte, geht aus dem Vorprozeß, „Luppe—Lump“ hervor. Als erschwerend fällt ins Gewicht die lange Dauer der fortgesetzten Beleidigungen, der Vorwurf eines ganzen Sammelregiments von Straftaten gegen Luppe, die Anwendung klobiger Ausdrücke, aus denen man die Freude heraus merkte, Luppe in den Kot zu ziehen, und endlich die Unterlassung dessen, was jeder anständige Mensch an Streichers Stelle getan hätte, die Zurückziehung von Verwürfen, nachdem diese als unwahr festgestellt worden seien. Dazu kommt die ganz vollkommene Unbeherrschtheit, die Streicher nach dem erstinstanzlichen Urteil an den Tag legte, daß ihm für die ausgesprochene Strafe von einem Monat eine Bewährungsfrist zugestimmt hätte. Unfallenderweise bewilligt das Gerichtsamt den Angeklagten eine Reihe von Milderungsgründen, so, vor allem, daß es sich um einen politischen Kampf während politischer Hoffnungen gehandelt habe, Streicher habe den sinnfälligen Wahn, Luppe sei ein Jude oder jüdenfeindlich und dergleichen. Infolgedessen ist Streicher nur zu zwei Monaten Gefängnis und zur Ertragung der gesamten Prozeßkosten unter Verlassung von Bewährungsfrist verurteilt worden. Die Mißde die des Urteils gegenüber den Straftaten eines Mannes wie Streicher muß überaus bedenklich stimmen. Die „Nürnberg-Führer Morgenpost“ spricht denn auch von einem „Schrecknis insofern, als es dem ganzen Treiben des Angeklagten Streicher nicht gerecht geworden ist. Man könne ruhig sagen, daß Streicher mit diesem Urteil beinahe einen Freibrief dafür erhalten hat, die Hege gegen den Oberbürgermeister, wenn auch in gemäßigter Form, fortzusetzen. — Ob Streicher den Mut dazu finden wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls aber ist seine schäbige Kampfesweise, die sich in den Bahnen deutsch-völkischer Methoden bewegt, gerichtet, und Oberbürgermeister Luppe geht völlig ungeschädelt aus diesem Prozeß hervor. Seine Tatkraft bürgt dafür, daß er aus etwaigen weiteren Angriffen des nationalitätlichen Feldes mit gebührender Entschiedenheit zu begegnen wissen wird.

# Deutschnationale Demagogie.

In der deutschnationalen Korrespondenz singt Wg. Dr. Czaucz das Lob der deutschnationalen Beamtenfreundschaft und kritisiert den Nationalismus des deutschen Reiches. Er schreibt wörtlich u. a.: „Industrie und Landwirtschaft erliegen unter dem Druck der Steuern und beherrschenden Befähigungen. Infolgedessen nehmen die Stilllegungen von Betrieben einen bedeutenden Umfang an. Die Arbeiter werden auf die Straße getrieben, weil die öffentliche Verwendung die Wirtschaft erbrückt.“ usw. Dazu bemerkt der Nat. Vö. Cor.: „Darf man fragen, wer für die erdrückenden Reichssteuern verantwortlich ist, und wer sie bewilligt hat? Für diese Steuern gehen verantwortlich die frühere deutschnationale Finanzminister von Schlieffen und der frühere deutschnationale Wirtschaftsminister Neukaus. Bewilligt, mitbewilligt wurden sie von der deutschnationalen Reichsstaatsfraktion.“ Sehr richtig! Die Nat. Vö. Cor. verpönt nur hinzuzufügen, daß sie auch von der Deutschen Volkspartei mitbewilligt wurden.

# Beamtensfragen

## Eine Weihnachtshilfe für die unteren Gruppen der Beamtenschaft.

Die außerordentliche Spannung, die seit Wochen auf der in sehr schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis befindlichen Beamtenschaft lastet, hat sich endlich gelöst, indem der Reichstag am Dienstag die Auszahlung einer außerordentlichen Beihilfe beschloß. Das Ergebnis kann die Gesamtheit der Beamtenschaft nicht befriedigen, da nur die Beamten der Gruppe 1—6 für die Auszahlung in Frage kommen und man ohne weiteres anerkennen muß, daß die wirtschaftliche Notlage auch in den höheren Gruppen nicht gering ist. Die demokratische Reichsstaatsfraktion läßt durch ihren Abg. Schulz-Steglich erklären, daß sie eine Zahlung für sämtliche Beamtengruppen für erforderlich halte. Die Durchführung dieses Wunsches läßt sich aber aus der unbesonnenen Haltung des früheren Reichskanzlers Dr. Luther, der erklärte, über den Antrag der Bayerischen Volkspartei nicht hinausgehen zu können. Als Grund dafür gab er an, daß die Länder bei einer Beamtensicherung der Gruppen über 6 den Löwenanteil zu tragen hätten, was diese aus eigenen Mitteln nicht könnten, während Zuschüsse des Reiches zu diesem Zwecke nicht mehr zur Verfügung ständen. Interessant war, daß die Deutschnationalen jetzt nach ihrem Austritt aus der Regierung mit einem Antrag kamen, der, weil er den oberen Gruppen wesentlich höhere Beträge als den in verzeufter Notlage befindlichen unteren gewähren wollte, durchaus unangenehm war und nach Lage der Reichsfinanzen von vornherein keine Möglichkeit der Erfüllung bot. Die Herren

# Rathenau—Stresemann—Hindenburg.

Wenn diese Zeilen in die Hände der Leser kommen, hegen wir unser schönste Feil, und die Weltmächte gedenken finden von Liebe und Frieden auf Erden. Ein innerliches Strahlen wehrt somit der Fede, Dinge zu bekräftigen, die dieser Festtagsstimmung wehensfremd gegenüberstehen und uns den jetzigen Teufelstand von Menschen, die sich deutsche Volksgenossen nennen, in seiner ganzen Verderbtheit vor Augen führen. Aber es hilft nichts! Wir haben keine Zeit zur Schonung. Weder gegen uns in unserer Festtagsstimmung, noch gegen diejenigen, bei denen eine förmlich krankhafte Eucht, den inneren Frieden des deutschen Volkes zu töten und politische Verleumdungen in eine Verberderatmosphäre hineinzuverreiben, immer und immer wieder durchdringt.

Vor wenigen Tagen berichteten die Zeitungen über einen neuen Geheimordnungsprozeß, in dem der jugendliche Mörder Grüte-Lehmer sich vor Gericht auf die Mitwisserschaft der völkischen Abgeordneten Wulle und Kube befand und gleichzeitig auch einen gegen den Minister Sevoerin in eingeleitetem Mordplan aufdeckte, als dessen Mitwisser die Abgeordneten Kientlow und Graefe genannt wurden. Welcher Wert diesen Aussagen beizumessen ist, dazu werden förmlich die beizüglichen Abgeordneten selbst die Einleitung eines auffällenden Verfahrens betreiben. Jezt steht aber, daß auch dieser jugendliche Mörder, wie so viele vor ihm, sich unter Gefinnungsgenossen bewegt hat, die den politischen Mord als eine „Heldentat“ ansehen, und die nichts weniger als Reue über die feige Ermordung eines in ihren Augen politisch Verdächtigen empfinden. Man kennt diesen Geist und diese Atmosphäre aus Jön Schweriner Verhandlungen. Und während die Erregung über das Verbrechen an politischer Verheerung und ihren Folgen noch nachdrückt, packt uns die Kunde von einem bis in alle Einzelheiten vorbereiteten Mordplan gegen den Außenminister Stresemann in unserer inneren Empfinden mit Scham und Grauen vor zu Ungeheuerlichem. Und ganz von selbst drängt sich einem die Erinnerung an die Zeit der politischen Hege auf, der Rathenau zum Opfer fiel, und an das, was nachher geschah. Wieder ist es dasselbe Bild.

Als über die jetzigen Verbrechen hinweg sich nach der Ermordung Rathenaus die Blicke auf die geistlichen Urheber und Beratgeber der Tat richteten, verurteilten die im inneren sich getroffenen fühlenden Kreise und die Rechtspreffe, die Täter von sich abzuschütteln, die Schuld zu leugnen und die bis dahin betriebene Verheerung als „harmlos“ hinzustellen. Wie „harmlos“ man gearbeitet hat, dafür ein kurzer Rückblick. In dem vom Grafen Kientlow herausgegebenen „Reichswort“ wurde Rathenau als Verräter und als der giftigste Feind Deutschlands bezeichnet, der zum Schaden seines Vaterlandes leider immer noch lebe und bereit sei, den Vernichtungswillen Frankreichs am deutschen Volke zu erfüllen. Die Rechtspreffe und darunter besonders auch die in Halle erscheinende „Allgemeine Zeitung“ nannte Rathenau, als er den Weg nach Genoa ging, einen „Sklaven im Frack“, der an reichgekleideter französischer Tafel esse, und der am besten daran tue, sich an einer gewissenlichen Copypresse aufzuhängen. Der in der Provinz Sachsen fastjam bekannte deutschnationale Gehredner Hottenrott schrieb in seinem Blättchen: „Sei gewarnt, Israel! Dich, die Schlange, hat das arglos vertrauende Deutschland an seinem Busen genährt. Graut Dir noch immer nicht vor dem Tag der Rache!“ — Das war die „harmlose“ Sprache rechtsgerichteter Kreise, die den jugendlichen Gemütern als der einzig richtige Ausdruck „nationalen und vaterländischen“ Denkens empfohlen wurde. Sie führte zu dem, was kommen mußte: Aufstellung der politischen Verleumdungen bis zum Mord.

Und ist es jetzt anders? Ein Jubel hat das gegen Stresemann geplante Verbrechen vorzeitig aufgedeckt, so daß das Schlimmste verhindert werden konnte. Wieder können die gefassten Hauptbestimmungen an dem Mordplan politisch zu den Rechtsverbänden, und wieder fragt man sich: Wie liegen die Dinge da unten, aus denen die zum politischen Mord bereiten Elemente das Entschieden und besonders auch die finanzielle Hilfe für ihren Plan herstellten? In demselben Augenblick, in dem die Frage auftaucht, sehen auch schon in der Rechtspreffe, genau wie nach

dem Rathenauord, die Verleumdungen ein, das, was vorher an idealtätlicher Verheerung geleistet wurde, zu verwischen. Wieder ist alles „harmlos“ gemeint. Wieder ist man das reine Unschuldslamm. Ist man aber frei von Schuld, wenn, um bei den Beispielen in anderer Provinz zu bleiben, die „Halle'sche Zeitung“ im Hinblick auf den Locarno-Bertrag am 15. November schrieb:

„Nicht Deutsche sind es, die heute die Würde des Staates in den Staub ziehen, internationalen Gesinnung treibt uns den Weg zum Sklaventum, entmannt das Volk, auf daß es seine Ketten und Schmach nicht spürt. Es trieb uns nach Versailles, trieb uns nach Locarno. Wann wachst Du auf, dummer deutscher Mißge! — Das Geklapper der goldenen Teller im Badingkampalast zu London legt den deutschen Sklaven in Entzücken. Er unterzeichnet dafür gern, daß Elsch französisch, Bogen italienisch und Capen belgisch ist. Auch die Schuld am Kriege bekennet er gern auf neue, wenn King Georg eine neue Flasche entkost.“

Auch die sogenannten Vaterländischen Verbände melden sich und riefen im Anschluß an eine Rede des Oberleutnants a. D. Duesterberg zur „nationalen“ Front gegen die Preisgabe deutscher Ehre auf.

Das ist die neueste nach Ansicht der Betreffenden durchaus „harmlose“ Arbeit, die man geleistet hat, und die man auch heute noch betreibt. Vorläufig geht es gegen Stresemann. Aber auch Hindenburg scheint bereits auf der schwarzen Liste zu stehen und steht eine Hege gegen sich emporkriegen, die an Jügellosigkeit alles übertrifft. Schreibt doch ein gewisser Dr. Pudor in einer von deutschen Volkspartei herausgegebenen Zeitschrift in Leipzig, also unter den Augen der höchsten Zutritt der Republik, folgendes:

„In der modrigen Stützfür einer Hindenburg-Republik kann nur die Lüge, der Stant und die Verleumdung gegeben. Wie Hindenburg, dem Zudenbieter, hat das Slavisch-Knechtische die Oberhand gewonnen. Uebendoff dagegen ist reiner Germane. Wenn wir heute statt Hindenburg einen Juden auf dem Präsidentenstuhl hätten, stände es besser um die deutsche Sache.“ — Und in der selben Nummer schreibt dieser Dr. Pudor über Stresemann: „Hat das Volk Stresemann heruntergezerrt vom Ministerstuhl und ihn, angebunden mit den Fesseln an ein Pferdegeschirr, rund um Berlin gefahrt? Das Volk hat Stresemann nicht geteilt, es hat ihm nicht das Schicksal Rathenaus gegeben.“

Kann man sich wundern, wenn eine derartige politische Hege die Gemüter junger unterer Menschen bis zur Seelische bringt und sie nach Willen greifen läßt, die zum politischen Mord führen? Der jahrelang von allen anständigen Menschen erhobene Schrei nach Abwehr findet jetzt auch in der Reichsstaatsfraktion der Deutschen Volkspartei seinen Widerhall. Sie tut das Reichsjustizministerium an und kommt dabei ebenfalls zu dem Schluss, daß besonders die Hintermänner die eigentlich Schuldigen und Urheber der politischen Giftatmosphäre, schonungslos ans Licht gezogen werden müssen, um ihnen endlich das Handwerk zu legen. Einverstanden! Ganz einverstanden! Willst du ist es noch nicht zu spät. Aber dann muß man auch reinen Tisch schaffen. Dann muß man auch politisch mit denen brechen, die beispielsweise bei den letzten Provinziallandtagswahlen Flugblätter verbreiteten, auf denen in bildlicher Darstellung ein Sippenamt einem einbeinigten Kriegstrippel den tügenden Stod wegreißt und dabei höhnisch auf das Stodoberst des Regierungspräsidenten hinweist. Auch das ist gewissenlose Hege, die zur Verberterung aufreizt, und die kein politisch anständig denkender Mensch dauernd befürworten darf, daß er seinen Namen zu einer Kandidatenliste hergibt, für die in derartige Weise geworden wird. Also, nicht nur das Justizministerium muß zur Reinigung unserer politisch vergifteten Atmosphäre aufgerufen werden, sondern alle anständig gebildeten Volksgenossen müssen mit helfen und diese Mißstände auch auf die politische Betätigung gegenüber den Urhebern dieser Suche übertragen. Nur dann bekommen wir inneren Frieden. J. Dornhöft.

# Angestelltenfragen

## Pflichtversicherung für weibliche Angestellte.

Vom 1. Januar 1926 ab wird der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten e. V. (St. B. Berlin) eine Rentenversicherung für seine Mitglieder einführen. Diese Versicherung beruht auf dem Gebanten der Ernennung von Anteilen, und zwar unter Anfassung eines Monatsbeitrages, der sich je nach dem Eintrittsdatum in die Versicherung niedriger oder höher bemißt. Die Leistung aus der Versicherung tritt im Falle der Berufsunfähigkeit oder im Alter von 65 Jahren ein. Die Monatsbeiträge betragen je nach Alter, die der Versicherung bis zu fünf Anteilen, die zusammen eine Monatsrente von 100 Mark betragen, zeichnen. Auch schon bei einem Anteil ist mit der daraus sich ergebenden Monatsrente von 20 Mark ein wertvoller Zusatz zu den Leistungen der Angestelltenversicherung gegeben. Im Todesfall wird bereits nach dreijähriger Mitgliedschaft ein Betrag von 100 Mark für jeden Anteil ausbezahlt. Bei Verheiratung werden die geleisteten Beiträge in voller Höhe mit fünf Proz. Zinsen zurückgezahlt. Diese Einrichtung ist ein schöner Zug, gewerkschaftlicher Selbsthilfe. — Antragsbogen gibt die hiesige Geschäftsstelle des Verbandes, Gottesackerstraße 4, aus.



